

Kennedy als fliegender Highlander

Im Einsatz für Britanniens Liberaldemokraten

Um das Profil der vom britischen Wahlsystem benachteiligten dritten Partei zu erhöhen, reist der Chef der Liberaldemokraten mit allen Verkehrsmitteln durchs Land. Kennedy, der nicht vorgibt, er werde der nächste Premierminister sein, wirkt umgänglicher als Blair und Hague, doch seine Kampagne ist nicht weniger artifiziell.

pgp. Orpington, 22. Mai

Die britischen Liberaldemokraten hatten einen kalkulierten Frühstart zur Unterhauskampagne. Noch vor der offiziellen Ankündigung des Wahlstartums durch Premierminister Blair am 8. Mai setzte Charles Kennedy seinen «battle bus» und sein Charterflugzeug in Bewegung und besuchte in einer dreitägigen Blitztour elf Städte in allen Teilen Grossbritanniens.

Grün und gelb

Heute beginnt sein Wahlkampfstag wie gewohnt mit einer Pressekonferenz um 8 Uhr morgens in der Nähe des Parteihauptquartiers in Westminster. Unter den Fragern sind viele prominente Fernsehpräsentatoren und Kolumnenschreiber. Doch die nähere journalistische Auseinandersetzung mit den Liberaldemokraten (LDP) überlassen sie meist der zweiten Garnitur. Das ist das Schicksal der ewigen dritten Partei in Grossbritannien, die vom strikten Majorz bei den Unterhauswahlen systematisch benachteiligt wird. Tagesthema der Kampagne ist die Umweltpolitik; an der Pressekonferenz erläutern die Liberaldemokraten, wie sie die britischen Eisenbahnen sicherer, pünktlicher und preiswerter machen wollen. «Die Konservativen haben den öffentlichen Verkehr in fürchterlichem Zustand hinterlassen, und unter Labour ist es noch schlechter geworden», sagt der Parteichef. Sein Umweltsprecher, Don Foster, erläutert, wie ohne direkte Renationalisierung die öffentliche Kontrolle über Investitionen und Zuverlässigkeit im Eisenbahnverkehr wieder verbessert werden soll. In London empfiehlt sich die LDP überdies als die einzige Partei, welche die Untergrundbahn voll in öffentlicher Hand behalten will. Die Treibstoffsteuern, die trotz britischem Nordseeöl rekordhoch sind, wollen auch die Liberaldemokraten nicht weiter hinaufsetzen; als umweltfreundliche Massnahmen im Autoverkehr empfehlen sie Abgabenbefreiung für «grüne» Vehikel. Das Wahlmanifest unterstreicht den Anspruch der LDP, die umwelt-

bewusste der grossen Parteien zu sein, indem es zu jedem Thema spezifische «green actions» postuliert. Parallel dazu werden jedoch in allen Kapiteln Massnahmen zur Vergrösserung der persönlichen Freiheit aufgeführt, um die liberale Tradition der Partei zu betonen.

Gelb ist freilich noch immer die Parteifarbe der Liberaldemokraten, und gelb ist der Bus, den der Preetross und der Parteichef mit seiner Entourage anschliessend besteigen. Die kurze Fahrt geht zum Bahnhof Charing Cross, von dort mit einem Pendelzug nach Orpington, einem Ort im wohlhabenden Vorortsgürtel der Hauptstadt. Wie es sich hierzulande gehört, bleibt der Zug wegen eines verzögerten Gütertransports auf der Strecke stehen und trifft deswegen mit der milden Verspätung von 10 Minuten am Ziel ein.

Für wen stimmt der Orpington-Mensch?

Am Bahnsteig in Orpington redet, zufällig oder nicht, ein Mann in Begleitung seiner Tochter Kennedy an und begrüsst das Vorhaben der Liberaldemokraten, die von Labour wieder eingeführten Studiengebühren abzuschaffen. Vor dem Bahnhof schwenkt eine Gruppe von Anhängern, vorwiegend ältere Leute, gelbe Tafeln mit dem Namen des lokalen Unterhauskandidaten, Chris Maines. Orpington ist ein «Zielwahlkreis», in dem die LDP die Konservativen verdrängen will, die 1997 ihren Sitz mit knappem Vorsprung halten konnten. Die Aussichten sind gut: Maines ist ein «local boy» von Geburt an, und als Vorsitzender der Gemeindeexekutive in Koalition mit Labour hat er von parteiunabhängiger Seite Spitzennoten als Pionier der elektronischen Verwaltung und bezüglich Bürgerzufriedenheit im Gross-Londoner Vergleich erhalten.

Wir befinden uns im Börsenmaklergürtel ausserhalb Londons, wo viele gut situierte Angestellte und Manager aus der City wohnen. Für diese Menschenspezies wurde vor Jahrzehnten, wie ein 70-jähriger Parteianhänger erklärt, der Begriff «Orpington man» geprägt. Im Gegensatz zu den jungen Helfern des Parteichefs kennt der

Mann auch das Jahr und die Umstände einer in der Parteigeschichte wichtigen Nachwahl in Orpington: 1962 entrissen hier die Liberalen erstmals den Konservativen den Unterhaussitz; sie hielten ihn bis 1974. Jetzt will die LDP ihren Vormarsch im Vorortsgürtel, der vor vier Jahren im Südwesten Londons einsetzte, auch hier im Südosten fortsetzen.

Eine Rede hält Kennedy nicht. Seine kurze Anwesenheit in Orpington dient dazu, der Partei und ihren Kandidaten in den Lokalmedien Raum zu verschaffen. Die Liberaldemokraten führen in Westminster ein prekäres Leben. Unter Paddy Ashdown konnten sie 1997 ihre Sitzzahl im Unterhaus von 20 auf 46 erhöhen, obwohl ihr Stimmenanteil landesweit von 17,8 auf 16,8 Prozent zurückging; eine Nachwahl, in der Kennedy die Konservativen vor allem des Verrats an der britischen Asyltradition bezichtigte, hat inzwischen ein zusätzliches Mandat eingebracht. Wiederum versucht die LDP, aus dem für sie nachteiligen Wahlsystem das Beste zu machen, indem sie ihre Kräfte auf etwa 100 Wahlkreise konzentriert, in denen sie stark ist und Sitze verteidigt oder sich Hoffnungen auf einen Gewinn machen kann.

Wahlkampf in Cornwalls Tropen

Dank einer Leerfahrt von Charing Cross ist auch der gelbe Bus in Orpington angekommen. Die dem Tagesthema Ökologie angemessene «photo opportunity» findet ein paar Meilen entfernt in Chislehurst in einem Park statt, wo Kennedy sich zu Waldarbeitern gesellt, einen Helm aufsetzt und an einem Zaun hämmert. Weiter geht's zum City-Flughafen, wo sein Kampagnenflugzeug bereit steht, eine 60-plätzig Turbo-Prop-Maschine, auf der die gelbe Taube, das Parteesymbol, und der nicht eben phantasievolle Wahlslogan, «A real chance for a real change», prangen. Nach gut einer Stunde landen wir in Newquay, in der Grafschaft Cornwall, dem äussersten Südwesten Englands. Am Pistenrand steht das Prunkexemplar der zweistückigen Kampfbusflotte Kennedys, ein moderner Doppeldecker mit einer Lounge im Obergeschoss, in der sich der Parteichef ausruht, Kleinarbeit erledigt oder zum Gespräch empfängt.

Auf den engen Nebenstrassen Cornwalls bewegt sich der Bus so vorsichtig wie ein Panzer in verwinkelten Altstadtgassen. Sein Ziel liegt im Grünen. Der LDP-Chef stattet dem «Eden Project» seinen Besuch ab, einem kürzlich in einem ehemaligen Steinbruch eröffneten gigantischen Komplex von Treibhäusern, in denen, mehr für Touristen als für wissenschaftliche Zwecke, tropi-

sche Biotope inszeniert werden. Wiederum ist der Ort vor allem der Medientauglichkeit wegen gewählt worden. Die Erwartung, dass der für seine Ungezwungenheit bekannte Politiker jede der vielen sich hier bietenden Gelegenheiten zum Direktkontakt mit Wählern nutzt, stellt sich allerdings als übertrieben heraus. Hinter der Jovialität Kennedys scheint sich eine gewisse Scheu zu verbergen, und er lässt die Leute auf sich zukommen. Dann jedoch findet er spontane, witzige Worte und muss nicht auf eingetübte Slogans zurückgreifen wie der Tory-Führer Hague oder routiniert-mitfühlenden Smalltalk wie Premier Blair.

Schlagfertigkeit beweist der LDP-Chef, der allzu persönliche Angriffe im Wahlkampf vermeidet, als ein rüstiger Rentner eine böse Tirade gegen William Hague hält. Kennedy grinst nur, blickt in die Kameras und sagt mit der ernsten Stimme eines Fernsehsprechers: «Damit ist unsere Wahlkampfsendung zu Ende.» Die Offenheit, die das liberaldemokratische Manifest verheisst und die Partei Steuererhöhungen postulieren lässt, ist zweifellos ein Charakterzug ihres Führers. Er bekundet auch unumwunden, er werde wohl nicht der nächste Premierminister sein.

Ein Marathon, kein Sprint

Gehässige Pressekommentare freilich, vor allem von konservativer Seite, die den Liberaldemokraten nicht verzeiht, dass sie Labour näher stehen als den Tories, beschreiben Kennedy und seine Leute als charakterlose Störefriede im hergebrachten Zweikampf um die Herrschaft im Unterhaus. Das ist böswillig übertrieben, zeigt jedoch das Dilemma, in dem die Liberaldemokraten stecken. Sie müssen bestrebt sein, sowohl den Konservativen wie auch Labour Stimmen abspenstig zu machen. Im Norden Englands ist Labour ihre Hauptkonkurrenz, im Süden und Südwesten sind es die Tories. Ein kohärentes Wahlprogramm zu formulieren, ist nicht leichter geworden, seit Labour die Mitte beansprucht, die Konservativen nach rechts tendieren und die LDP sich, was die Sozialpolitik betrifft, in der Rolle der Linkspartei befindet.

Ashdown war vor vier Jahren von Blair enge Zusammenarbeit in Aussicht gestellt worden. Aber alle Koalitionsabsichten zerschlugen sich, als Labour eine grosse Parlamentsmehrheit erlangte. Kennedy hat sich notgedrungen mit einem unverbindlichen Versprechen Blairs auf eine Überprüfung des Majorzwahlsystems zufrieden gegeben. Im Grunde können die Liberaldemokraten nur auf ein Patt zwischen Labour und Konservativen hoffen, um als Koalitionspartner ihren

Proporztraum verwirklichen zu können. Alles deutet jedoch darauf hin, dass Labour die LDP auch nach dem 7. Juni nicht als Mehrheitsbeschafferin benötigen wird. So zieht der schottische Highlander Kennedy wie der fliegende Holländer durchs Land, ruhelos und mit unklarem oder zu-

mindest fernem Ziel. Er ermutigt seine Anhänger, es handle sich nicht um einen Sprint, sondern um einen Marathon. Geduld und Stehvermögen sind gefragt.

«Blair ist zu ängstlich»

pgp. Im Privatgemach seines Kampagnen-Doppeldeckers hat der liberaldemokratische Parteichef Charles Kennedy der NZZ ein Interview gewährt.

Welches Ergebnis erwarten Sie bei den Wahlen für Ihre Partei?

In erster Linie will ich unseren Stimmenanteil vergrössern, damit wir eine wirklich nationale Partei werden. Die Sitzzahl im Unterhaus zu vermehren ist schwierig; Wahlen im Westminster-System sind fast wie ein Glücksspiel im Kasino. Taktische Stimmabgabe (zwischen Labour und Liberaldemokraten) will ich weder fördern noch unterbinden. Was unsere Aktivisten auf lokaler Ebene tun und lassen, ist deren Angelegenheit.

Weshalb soll ein unentschlossener Wähler für die Liberaldemokraten stimmen?

Wenn es unsere Partei nicht schon gäbe, müsste sie erfunden werden. Die Tories springen unter Hague auf jeden populistischen Zug auf, während New Labour kontrollbesessen und zugleich in vieler Hinsicht zu ängstlich ist. Eine LDP-Regierung mit so grosser Parlamentsmehrheit und gut gehender Wirtschaft wäre viel ehrgeiziger gewesen als Blair, sowohl was Investitionen in die öffentlichen Dienste betrifft als auch in der Umweltpolitik und in der Förderung der persönlichen Freiheiten.

Dank den neuen Autonomieregierungen können wir in dieser Wahl nicht nur zeigen, was wir tun wollen, sondern auch was liberaldemokratische Minister wirk-

lich geleistet haben: In Schottland zum Beispiel haben wir die Studiengebühren abgeschafft und für die freie Pflege alter Chronischkranker gesorgt. Beides sollte im ganzen Vereinigten Königreich verwirklicht werden.

Sie sind für höhere Einkommenssteuern. In früheren britischen Wahlen kam dies politischem Selbstmord gleich.

Die Stimmung in der Öffentlichkeit hat sich geändert. Unsere öffentlichen Dienste müssen besser werden, und die Leute wissen, dass man für nichts nichts erhält. Ausserdem sind unsere Vorschläge ziemlich gemässigt. Wir sprechen nicht von einer Rückkehr zu verrückten, strafartig hohen Steuerniveaus wie in längst vergangenen Zeiten unter Labour. Wir gehen bei der Einkommensbelastung nicht über die Quoten hinaus, die von den Konservativen am Ende der Regierung Major oder die meiste Zeit unter Thatcher erhoben wurden.

Eine Zeitung hat die LDP «Labours Gewissen» genannt. Sehen Sie sich neben New Labour und Hagues Tories als neue britische Linke?

Das simple Links-Rechts-Schema ist auch in Grossbritannien nicht mehr gültig. Ich sehe uns als reformistische und sozialpolitisch progressive Partei. In dieser Hinsicht sind wir den Konkurrenten voraus. Tony Blairs Körpersprache suggeriert, dass er der eigenen Partei nicht ganz traut.

Obwohl Sie das EU-Thema im Wahlkampf nicht in den Vordergrund gestellt haben, gilt die LDP als die «europäischste» der grossen Parteien. Was kritisieren Sie an Blairs Europapolitik?

Auch hier hat es ihm an Wagemut gefehlt. Ein Referendum über den prinzipiellen Beitritt zur Einheitswährung bald nach den letzten Wahlen hätte gewonnen werden können. Doch Blair war unschlüssig, verzögerte die Sache und überliess das Argumentationsfeld den Euro-Gegnern. Ich hoffe, wir werden die Frage wirklich an die Hand nehmen, sobald eine nichtkonservative Regierung gewählt ist.

«Blair ist zu ängstlich»

pgp. Im Privatgemach seines Kampagnen-Doppeldeckers hat der liberaldemokratische Parteichef Charles Kennedy der NZZ ein Interview gewährt.

Welches Ergebnis erwarten Sie bei den Wahlen für Ihre Partei?

In erster Linie will ich unseren Stimmenanteil vergrössern, damit wir eine wirklich nationale Partei werden. Die Sitzzahl im Unterhaus zu vermehren ist schwierig; Wahlen im Westminster-System sind fast wie ein Glücksspiel im Kasino. Taktische Stimmabgabe (zwischen Labour und Liberaldemokraten) will ich weder fördern noch unterbinden. Was unsere Aktivisten auf lokaler Ebene tun und lassen, ist deren Angelegenheit.

Weshalb soll ein unentschlossener Wähler für die Liberaldemokraten stimmen?

Wenn es unsere Partei nicht schon gäbe, müsste sie erfunden werden. Die Tories springen unter Hague auf jeden populistischen Zug auf, während New Labour kontrollbesessen und zugleich in vieler Hinsicht zu ängstlich ist. Eine LDP-Regierung mit so grosser Parlamentsmehrheit und gut gehender Wirtschaft wäre viel ehrgeiziger gewesen als Blair, sowohl was Investitionen in die öffentlichen Dienste betrifft als auch in der Umweltpolitik und in der Förderung der persönlichen Freiheiten.

Dank den neuen Autonomieregerungen können wir in dieser Wahl nicht nur zeigen, was wir tun wollen, sondern auch was liberaldemokratische Minister wirk-

lich geleistet haben: In Schottland zum Beispiel haben wir die Studiengebühren abgeschafft und für die freie Pflege alter Chronischkranker gesorgt. Beides sollte im ganzen Vereinigten Königreich verwirklicht werden.

Sie sind für höhere Einkommenssteuern. In früheren britischen Wahlen kam dies politischem Selbstmord gleich.

Die Stimmung in der Öffentlichkeit hat sich geändert. Unsere öffentlichen Dienste müssen besser werden, und die Leute wissen, dass man für nichts nichts erhält. Ausserdem sind unsere Vorschläge ziemlich gemässigt. Wir sprechen nicht von einer Rückkehr zu verrückten, strafartig hohen Steuerniveaus wie in längst vergangenen Zeiten unter Labour. Wir gehen bei der Einkommensbelastung nicht über die Quoten hinaus, die von den Konservativen am Ende der Regierung Major oder die meiste Zeit unter Thatcher erhoben wurden.

Eine Zeitung hat die LDP «Labours Gewissen» genannt. Sehen Sie sich neben New Labour und Hagues Tories als neue britische Linke?

Das simple Links-Rechts-Schema ist auch in Grossbritannien nicht mehr gültig. Ich sehe uns als reformistische und sozialpolitisch progressive Partei. In dieser Hinsicht sind wir den Konkurrenten voraus. Tony Blairs Körpersprache suggeriert, dass er der eigenen Partei nicht ganz traut.

Obwohl Sie das EU-Thema im Wahlkampf nicht in den Vordergrund gestellt haben, gilt die LDP als die «europäischste» der grossen Parteien. Was kritisieren Sie an Blairs Europapolitik?

Auch hier hat es ihm an Wagemut gefehlt. Ein Referendum über den prinzipiellen Beitritt zur Einheitswährung bald nach den letzten Wahlen hätte gewonnen werden können. Doch Blair war unschlüssig, verzögerte die Sache und überliess das Argumentationsfeld den Euro-Gegnern. Ich hoffe, wir werden die Frage wirklich an die Hand nehmen, sobald eine nichtkonservative Regierung gewählt ist.